

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 65 (1986)  
**Heft:** 12

**Rubrik:** Leserbrief

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

stischen Bewegung zum Thema Armee nachzuzeichnen. Erwähnenswert ist, dass er dabei die Tradition des antiautoritären und föderalistischen Sozialismus nicht vergisst.

Viele Artikel des Buches befassen sich mit der Rolle, die die Armee für die Mentalitätsbildung der Schweizer spielt. Die Armee als Initiationsritus, als Anpassungsinstrument und ähnliches wird ausgiebig thematisiert. Mehrere Arbeiten beschäftigen sich mit der schweizerischen politischen Kultur in Zusammenhang mit etwas ungewohnten Ideen wie der Armeeabschaffung.

Wie offen oder demokratisch ist die Schweiz, lautete die Frage. Essayistische Erfahrungsberichte wechseln mit Versuchen systematisch-theoretischer Erfassung des Problemkreises.

Im Buch fehlen aber auch nicht grundsätzliche Überlegungen zu den Ursachen von Gewalt und Krieg in der Geschichte. Überraschend ist dabei die Vielfalt der Ansätze: Fehlende Kontakte des Kleinkindes mit der Mutter, falsche Ausdrucksformen für einen angeborenen Aggressionstrieb, Unfähigkeit, mit der Angst umzugehen, Kahlschlag an den Wurzeln des ganzheitlichen, «weiblichen» Bewusstseins, kapitalistische Produktionsverhältnisse usw.

Die Beiträge bringen einem eindringlich die offenbare Beliebigkeit politischer Argumentation ins Bewusstsein. Diese Beliebigkeit überrascht nicht angesichts der Komplexität gesellschaftlicher Erscheinungen. Leider steht der finanzielle Forschungsaufwand in unseren Gesellschaften immer noch im umgekehrten Verhältnis zur Komplexität der zu erforschenden Gebiete. Der lamentable Zustand von Psychologie und Soziologie erstauen also kaum. Das Verdienst dieser Vielfalt der Ansätze besteht wohl darin, die Notwendigkeit interdisziplinärer und sy-

stematischer Friedensforschung vor Augen zu führen.

Besonders erfreulich am Buch ist, dass die kulturelle Vielfalt der Initianten zum Ausdruck kommt. So kommt etwa Max Meyer zu Wort, der allen Ernstes von der «Friedensmacht Sowjetunion» spricht. Angesichts der chronischen Unterdrückung von Kulturen innerhalb der Sowjetunion durch die Russen, angesichts Ungarns, Polens, Afghanistans usw. ist das natürlich dicke Post. Die Aufnahme eines solchen Beitrages zeigt aber, dass man in der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) nicht das bekannte Muster wiederholt: Andersdenkende totzuschweigen, mit dem Argument, man dürfe sich in der Öffentlichkeit keine Blöße geben. Es wird an den Mitgliedern liegen, diesen Punkt der Öffentlichkeit klarzumachen – dass man das liberale Menschenrecht der Meinungsäusserungsfreiheit ernster zu nehmen versucht als manche Liberale.

Am Schluss des Buches stehen einige Beiträge zu Europa und zur Möglichkeit, die Blockbildung abzuschwächen durch die Schaffung eines je nach Autor mehr oder weniger politisch vereinheitlichten Europas. Arnold Künzli steht mit seiner Forderung nach europäischer Blockbildung im Gegensatz zur «Walliser Fraktion», die nicht noch grössere nationalstaatliche Gebilde möchte, vielmehr Nationalstaaten durch Dezentralisierung schwächen oder gar auflösen möchte.

Das neue Buch der GSoA scheint eine breitere Öffentlichkeit zu finden als die bisherigen Publikationen. Es ist deshalb schade, dass zu wenig auf gängige Argumente der Öffentlichkeit eingegangen wurde. «Schweizer Armee und Zweiter Weltkrieg» wird etwa kaum behandelt. Dieser Mangel könnte sich in der Öffentlichkeit negativ auswirken.

## «Ab in die Pension»

Geschätzter Genosse Helmut Hubacher

Der Ostschweizer AZ vom 21. Oktober 1986 entnehme ich Deinen Vorschlag an den «Blick», die Zahl der Bundesratssitze von heute sieben auf elf zu erhöhen. Grundsätzlich stimme ich Dir zu. Kein Mensch, und sei er noch so sehr ein Leistungsathlet, kann auf die Dauer Raubbau an seinen Kräften treiben. Tragische Beispiele, wohin dieser Kräfteverschleiss führt, gibt es genug. Aus jüngster Zeit nenne ich Willy Ritschard und Florian Schlegel. So gesehen sind die Gründe des Herrn Egli zu akzeptieren.

Hingegen tauchen auch bei diesem «Ab in die Pension» bei mir als Steuerzahler und Lohnabhängiger kritische Fragen auf. Einmal ist zu hoffen, dass Herr Egli nicht einen Abgang in die Wirtschaft, die Banken, die Verwaltungsräte plant. Erich Fromm folgert «Wirtschaft als Lebensinhalt ist eine tödliche Krankheit» ... Einem Arbeiter z.B., der nach oft zermürbendem Prozedere aus gesundheitlichen Gründen den Hut am Arbeitsplatz zu nehmen hat, ist schliesslich auch nicht gestattet, weiterhin gegen Entgelt tätig zu sein.

Gemäss Gesetz erhält ein Mitglied der Landesregierung 125 Prozent des höchsten Überklasselohnes der Bundesverwaltung. Im Jahre 1984 waren das 260 000 Franken. Dazu kommt eine Repräsentationszulage von 30 000 Franken, plus eine Spesenvergütung von etwa 20 000 Franken im Jahr.

Weitere Privilegien sind etwa ein Dienstwagen, ein Privatwagen

nach freier Wahl. Für Dienstreisen steht ein Bundesratsflugzeug sowie ein Helikopter zur Verfügung. Nun die Liste lässt sich noch verlängern. So kommen diese Überklasse(lohn)menschen in den Genuss eines Generalabonnementes der SBB erster Klasse. Im Zug, im Postauto, auf dem Schiff, in den Luftseilbahnen und in allen Swissair-Maschinen werden diese Halbgötter gratis mitgenommen. Auch Kinder und Ehefrauen werden bevorzugt behandelt. Das Mass ist aber immer noch nicht voll. Die PTT stellt gratis einen Fernsehapparat zur Verfügung. Das Telefonieren kostet nichts. Posttaxen für Briefe und Pakete werden auch erlassen. Ich will wetten, da werden unter der Hand noch weitere Privilegien gehandelt.

Selbst wenn so eine Magistratin, ein Magistrat gegen 70 Stunden je Woche präsent sein soll – dass sie 70 Stunden voll durchpickeln, kann mir niemand weismachen –, so wird einem Lohnabhängigen aus den unteren Schichten schwindlig, ob soviel Privilegien und Ungerechtigkeiten.

Der Vergleich Überlohnklasse gleich Übermensch, Unterlohnklasse gleich Untermensch drängt sich auf.

Den Gipfel der Masslosigkeit empfinde ich mit der den abgetretenen Bundesräten zugesprochenen Jahrespension von sage und schreibe 130 000 Franken. Das darf doch einfach nicht wahr sein! Ich ziehe unwillkürlich Vergleiche mit einer unübersichtbaren Zahl von Lohnabhängigen aus den untersten Schichten – etwa Frauen, die für eine Familie allein aufzukommen haben, oft ist das ein zermürbendes Leben. Viele meiner Schicksalsgenossen unter den Lohnabhängigen leiden unter der Last der Arbeit, der Jahre. Wie unendlich wohltuend würde sich bei manchen ein frühzeitiges «ab in die Pension» auswirken. Allein die finanzielle Absicherung fehlt. So harren sie halt aus bis zum Gehnichts mehr. Ein Bundesrat aber nimmt nach vier Jahren Amtszeit den Hut. Mit einer Jahrespension von 130 000 Franken wohlverstanden. Die Argumente zugunsten der Überlohnklassen gipfeln immer in der Konkurrenz der Privat-

wirtschaft. Gibt es da am Ende gar noch Fantasielohnklassen? Irgendwohin muss doch das Geld, das den Lohnabhängigen ein Arbeitsleben lang abgenommen wird, fließen.

Ich frage mich immer wieder, woher ein Mensch das Recht nimmt, sich für einen Arbeitsmonat mehr als 6000 Franken zuschieben zu lassen. Was die Sache aber im Zusammenhang mit den Extremsalären noch penetranter macht, ist der Umstand, dass sich dies alles in einem ach so christlichen Land abspielt. Da muss doch selbst das hohe C grässlich falsch tönen. Den oft so sturen Dogmatikern aus der Religionsbranche möchte ich zurufen, ob sich gerechtere Verhältnisse je herbeibeten liessen...

Meine Frage an den Präsidenten meiner SP ist nun die, wie er sich die Sache mit 11 Überlohnklassenmenschen in Bern vorstellt. Streicht ihnen wenigstens diese ungehörige Pension! Dies auch weil bei Magistraten und dergleichen ein «Ab in die Wirtschaft, die Banken, in die Verwaltungsräte!» an der Tagesordnung ist.

*Mit freundlichen Grüßen  
Richard Schwendener, Sevelen*

Zentralbibliothek 1.260--2  
Zähringerplatz

8001 Zuerich  
.....